

Herr  
Paul Wenger, Präsident der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission  
Landeskanzlei  
Rathausstrasse 2  
4410 Liestal

26.03.2015

**Vernehmlassungsantwort zur Landratsvorlage „Änderung des Bildungsgesetzes: Einführung Lehrplan 21 bzw. Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft durch den Landrat“**

Sehr geehrter Herr Präsident

Die „Grüne-unabhängige“ dankt Ihnen herzlich für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend der Landratsvorlage „Einführung Lehrplan 21 bzw. Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft durch den Landrat“.

**Die „Grüne-Unabhängige“ befürwortet die Vernehmlassungsvorlage an den Landrat betreffend Einführung und Zeitpunkt der Einführung des Lehrplans 21 bzw. Lehrplans Volksschule Basel-land durch den Landrat dezidiert.**

Der Lehrplan 21 bildet eine konzeptionelle Veränderung sowie einen Ideologiewechsel zum heutigen Unterrichtsverständnis. Er unterscheidet sich damit diametral von der aktuellen Bildungsphilosophie im Kanton Baselland, die auf Bildungsinhalten und Wissensvermittlung und nicht auf abstrakter Kompetenzorientierung basiert. Die Einführung eines auf Kompetenzen ausgerichteten Lehrplans würde für die Volksschule eine einschneidende ideologische Veränderung bedeuten und hätte eine Verfälschung des Bildungsauftrags zur Folge. Dass solch revolutionäre Lehrpläne lediglich eine „Weiterführung“ des heutigen Lehrplans sein sollen, ist schlicht tatsachenwidrig und wird vom Volk auch nicht so empfunden. Gemäss SGS 640 § 89 Absatz 1, lit. a obliegt es dem Landrat, Zielsetzungen von Bildungskonzepten zu genehmigen, welche *„Inhalt und Gliederung des kantonalen Bildungssystems oder den bisherigen Bildungsauftrag einzelner Schularten grundlegend verändern“*. Der Landrat hat also über grundsätzliche und fundamentale Veränderungen im Bildungsbereich zu entscheiden.

Der Lehrplan 21 bewirkt einen markanten Bildungsabbau und verhindert eine echte Chancengleichheit der Kinder. Schulen steuern mit diesem Lehrplan 21 weg vom fundierten Fachunterricht hin zu einer Unterrichtsideologie, welche die Schulkinder in hohem Masse sich selber überlässt. Solche Modelle sind zum Scheitern verurteilt, zumal die überwiegende Mehrheit der Pädagogen/-innen diesen abstrakten Lehrplan als nicht umsetzbar erachtet. Dazu kommt, dass insbesondere leistungsschwächere Schüler/-innen überfordert wären und dadurch massive Nachteile hätten. Bildungsexperimente auf Kosten der

Schulkinder sind für die Grünen ein No-Go. „Grüne-Unabhängige“ ist deshalb dezidiert der Ansicht, dass nur der direkt vom Volk gewählte Landrat über die Entscheidungskompetenz verfügt, ob und wann ein solch einschneidender Wechsel in der Bildungsphilosophie umgesetzt werden soll.

Freundliche Grüsse

Michael Pedrazzi, Vorstand Grüne Unabhängige